

**GEFÄHRLICH
VERANKERT**

**ANTISEMITISMUS
IN NIEDERSACHSEN**

Inhaltsverzeichnis

Grußwort der niedersächsischen Justizministerin Barbara Havliza	04
Grußwort des niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens Dr. Franz Rainer Enste	05
[1.0] Vorstellung des Landes-Demokratiezentrums (L-DZ) Niedersachsen	07
[2.0] „Antisemitismus. Ein komplexes Phänomen greifbar machen“ von Dr. Dana Ionescu	11
[3.0] Interviews mit Dr. Rebecca Seidler, Antisemitismusbeauftragte des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen und Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R.	17
[4.0] Vorstellung der durch das Landes-Demokratiezentrum geförderten Projekte im Themefeld Antisemitismus 2020	23
[4.1] „Jüdisches Leben – Empowerment- und Dialogprojekt“	23
[4.2] „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen“	25
[4.3] „Wer gegen wen? Gewalt, Ausgrenzung und das Stereotyp ‚Jude‘ im Fußball“	26
[5.0] Beratung und Unterstützung im Kontext Antisemitismus	29

Grußwort der niedersächsischen Justizministerin Barbara Havliza

Gefährlich verankert! Lässt Sie der Titel dieser Broschüre auch hellhörig werden? Nüchtern und in aller Klarheit verweist dieser Titel auf zwei wesentliche Aspekte des Antisemitismus: Zum einen auf seine Jahrhunderte alte Verwurzelung in unserer Gesellschaft, zum anderen auf die Bedrohung, die er tagtäglich für Jüdinnen und Juden bedeutet. Besonders deutlich führt uns dies der Anstieg antisemitischer Straftaten vor Augen – mit dem erschütternden Tiefpunkt durch den Anschlag auf die Synagoge von Halle am 9. Oktober 2019.

Neben Straf- und Gewalttaten sind es aber auch alltägliche Bemerkungen oder antisemitisch geprägte Verschwörungstheorien im Kontext der Corona-Pandemie, die online wie offline zur Lebensrealität von Jüdinnen und Juden gehören. Wir müssen deshalb genau hinsehen und zuhören, wir müssen uns informieren und uns auch kritisch hinterfragen, was wir zur Bekämpfung von Antisemitismus beitragen können. Und dies dann auch tun!

Dabei kommt der Justiz eine besondere Rolle zu. Eine konsequente Strafverfolgung und die Berücksichtigung antisemitischer Motive bei der Strafzumessung – seit Juni 2020 endlich im Strafgesetzbuch verankert – sind wichtige Signale. Um dem Antisemitismus seinen Nährboden zu entziehen, ist aber auch die präventive, unterstützende und sensibilisierende Arbeit der Zivilgesellschaft unabdingbar.

Umso mehr freut es mich, dass das im Niedersächsischen Justizministerium angesiedelte Landes-Demokratiezentrum mit dieser Broschüre nicht nur für die Thematik als solche sensibilisiert. Diese Broschüre gibt konkrete Anregungen zum Handeln, etwa durch Empfehlungen von jüdischen Akteuren und durch Beispiele aus der Praxis. Auch Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung werden genannt.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern dieser Broschüre eine interessante sowie erhellende Lektüre und hoffe, dass wir in Niedersachsen stets die Stärke besitzen, bei antisemitischen Handlungen nicht wegzusehen, sondern uns für eine demokratische Gesellschaft einsetzen und den Betroffenen zur Seite stehen.



Barbara Havliza

Grußwort des niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens Dr. Franz Rainer Enste

Antisemitismus ist Antihumanismus und steht im diametralen Gegensatz zu den humanistischen Grundwerten unserer Verfassung. Der Antisemitismus macht mit einer geschlossenen, auf Ab- und Ausgrenzung setzenden, mit simplen Stereotypen arbeitenden und zu einer verhärteten Weltsicht geronnenen Denkweise Mitmenschen zu Anderen, obwohl sie ganz selbstverständlich zu uns dazugehören.

Gerade in Zeiten, in denen das Denken Ewig-Gestriger immer mehr Köpfe zu erreichen scheint, wird es notwendig sein, immer wieder mit allem Nachdruck und großer Empathie herauszustellen, in welcher Weise jüdisches Leben in diesem Land das Leben von uns allen zu bereichern und bedeutsame kulturelle Impulse zu liefern vermag. Dabei gilt es zu betonen, dass der Neuaufbau jüdischer Gemeinden in Niedersachsen in den zurückliegenden Jahrzehnten nach der Shoa von einem großartigen Selbstbehauptungswillen und von einer bemerkenswert optimistischen Zukunftshoffnung zeugt. Denn er ist Ausdruck eines großen Vertrauensvorschlusses der jüdischen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in die demokratische Kultur der deutschen Gesellschaft. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden.

Unabhängig davon, aus welchen unsäglichen Quellen sich die heutigen Erscheinungsformen von Vorurteilen, Ablehnung und Hass gegen Jüdinnen und Juden speisen und wie dieses im alltäglichen Miteinander auftritt, muss diesen Tendenzen mit aller Kraft entgegengetreten werden.



Im breiten gesellschaftlichen Schulterschluss gegen Antisemitismus vorzugehen und über seine vielfältigen Formen aufzuklären, ist Absicht dieser Broschüre. Ausdrücklich danke ich dem Landes-Demokratiezentrum für die Umsetzung dieser Aufgabe sowie den Verfasserinnen und Verfassern und den Interviewten sehr herzlich für die von ihnen gelieferten Beiträge.

Franz Rainer Enste

E1.01
E-10Z

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) ist für die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Niedersachsen zuständig. Grundlegendes Ziel ist die Stärkung der demokratischen Kultur im Land. Dazu gehört beispielsweise die Ausgestaltung einer landesweiten funktionierenden Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur. Mittel des Landes Niedersachsen fließen als Eigenmittel sowie in spezifische Maßnahmen ein. Die Maßnahmen des L-DZ tragen zum Erreichen der Ziele des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte bei. Grundlegendes Ziel ist die Stärkung der demokratischen Kultur im Land. Dazu gehört beispielsweise die Ausgestaltung einer landesweiten funktionierenden Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur.

So fördert und unterstützt das L-DZ zivilgesellschaftlich organisierte Beratungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie, die Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung sowie lokale Netzwerke zur Prävention von sogenannter islamistischer Radikalisierung und von antimuslimischem Rassismus.

In diesen Themenbereichen hält das L-DZ Informations- und Bildungsangebote wie Workshops, Vorträge und Argumentationstrainings vor, die von zivilgesellschaftlichen wie staatlichen Akteur*innen kostenfrei in Anspruch genommen werden können.

Vor dem Hintergrund des besorgniserregenden, steilen Anstiegs antisemitischer Handlungen, Übergriffe und Gewalt hat das L-DZ 2020 mit zusätzlichen Mitteln des Landes Niedersachsen drei Projekte zur Prävention von Antisemitismus gefördert.

Mit der vorliegenden Broschüre soll vor allem für die Kontinuität und Aktualität von Antisemitismus sensibilisiert werden (siehe hierzu „Antisemitismus. Ein komplexes Phänomen greifbar machen“ von Dr. Dana Ionescu). In einem Kurzinterview stellen jüdische Akteur*innen ihre Einschätzungen und Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus vor (siehe hierzu Dr. Rebecca Seidler, Antisemitismusbeauftragte der Israelitischen Kultusgemeinden in Niedersachsen und Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen). In den Beschreibungen der geförderten Projekte des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R., der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und der Amadeu Antonio Stiftung wird die Relevanz zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Bekämpfung von Antisemitismus und für die Gestaltung einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft deutlich.

Diese drei Projekte werden durch das Landes-Demokratiezentrum im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert. Mit einer Kontaktliste zu verschiedenen zivilgesellschaftlichen Beratungseinrichtungen möchten die Herausgeber*innen allen Menschen im Land Niedersachsen Unterstützungsangebote im Kontext von Antisemitismus an die Hand geben.

Das Landes-Demokratiezentrum bedankt sich bei allen, die diese Broschüre möglich gemacht haben, und wünscht den Leser*innen viele neue Erkenntnisse und spannende Einblicke.

Das L-DZ ist im Landespräventionsrat beim Niedersächsischen Justizministerium angesiedelt und unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Siebstraße 4, 30171 Hannover

Telefon: 0511 122 71 37

landes-demokratiezentrum@lprnds.de

www.ldz-niedersachsen.de

E2.01
ANTISEMITISM
TISMUS

Antisemitismus.

Ein komplexes Phänomen greifbar machen

von Dr. Dana Ionescu

Antisemitismus ist für Jüdinnen*Juden eine sehr reale alltägliche Bedrohung. Sie werden in privaten und öffentlichen Räumen, zum Beispiel auf der Straße, in der Schule, im Sportverein, oder am Arbeitsplatz beschimpft, bedroht und körperlich angegriffen. In einer Studie der *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* von 2018 geben 41 Prozent der in Deutschland lebenden befragten Jüdinnen*Juden an, in den letzten zwölf Monaten antisemitisch beleidigt oder bedroht worden zu sein.¹ Aus Angst vor Belästigung und Ausgrenzung verschweigen einige Jüdinnen*Juden sogar im Kreis von Kolleg*innen oder Freund*innen, dass sie jüdisch sind. Nicht erst der rechte Terroranschlag auf die Synagoge in Halle am jüdischen Feiertag Jom Kippur zeigt die Dimension der Bedrohung.

Was ist überhaupt Antisemitismus?

Antisemitismus ist ein komplexes soziales Machtverhältnis, das zumeist mit Judenfeindschaft oder Judenhass beschrieben wird. Der Begriff „Antisemiten“ entstand Ende der 1870er Jahre und war die Selbstbezeichnung einer rechten politisch-sozialen Bewegung, die explizit die Bekämpfung des Judentums und den Ausschluss von Jüdinnen*Juden zum Ziel hatte. Schon bevor sich Menschen als Antisemiten bezeichneten, gab es Judenfeindschaft und Judenhass – das Phänomen existiert seit mehr als 2000 Jahren. Die Feindschaft kann sich auf Individuen, also einzelne jüdische Menschen, oder ‚die Juden‘ als Gruppe richten. Da von außen nicht erkennbar ist, wer jüdisch ist, wird Jüdisch-Sein oftmals an sichtbaren Zeichen festgemacht, zum Beispiel einer Kette mit Davidsternanhänger, einer Kippa (einer Kopfbedeckung, die von jüdischen Männern beim Gebet oder auch im Alltag getragen wird) oder wenn hebräisch gesprochen wird.

Im antisemitischen Denken und Fühlen werden ‚die Juden‘ homogenisiert, essenzialisiert und dichotomisiert. Das bedeutet, dass, obwohl jüdische Leben sehr heterogen sind, behauptet wird, alle Juden seien gleich und ‚von ihrer Natur aus so und so‘. Auch behaupten Antisemit*innen, Juden seien ganz anders und würden nicht in die deutsche Gesellschaft passen. Hierbei werden jüdische Deutsche der vermeintlich homogenen Eigengruppe entgegengesetzt, aus ihr ausgeschlossen und abgewertet. Dies geschieht etwa durch negative Bilder von Jüdinnen*Juden sowie der jüdischen Kultur und Religion, die dem positiven Selbstbild gegenübergestellt werden. Das alles geschieht aus einer Machtposition heraus, da Jüdinnen*Juden in Deutschland eine kulturell-religiöse Minderheit sind. Das antisemitische Narrativ, ‚die Juden‘ seien mächtig oder beherrschten die Welt, ändert daran nichts. Hervorzuheben ist, dass der Antisemitismus solche Judenbilder erschafft, ganz gleich, was Jüdinnen*Juden tun oder nicht tun. Das Denken und Fühlen wird in antisemitischen Handlungen sichtbar. Dazu zählen unter anderem beleidigende Witze, verbale Beschimpfungen oder körperliche Gewalt gegenüber Jüdinnen*Juden oder gegen jüdische Einrichtungen wie Synagogen, Gemeindehäuser und Friedhöfe. Auch jüdische Symbole wie der Davidstern oder die Menora, ein Kerzenständer mit sieben Armen, können das Ziel von antisemitischen Angriffen sein.

Antisemitismus ist aber weitaus mehr als individuelle judenfeindliche Handlungen, die darauf abzielen, Jüdinnen*Juden einzuschüchtern, auszuschließen oder zu vernichten. Antisemitismus ist eine grundlegende Haltung zur Welt, mit der diejenigen, die ihn als Weltbild teilen, alle Phänomene (etwa Krisen und Widersprüche) zu begreifen versuchen. Dieses Denken und Fühlen kann bewusst und unbewusst sein, es ist im kollektiven Gedächtnis – also dem, was in Gesellschaften historisch gewachsen ist und generationell weitergegeben wird – gespeichert und wird von Menschen immer wieder aufs Neue aktiviert und der Gegenwart angepasst.²

Menschen, die antisemitisch denken und fühlen, nutzen häufig Codes und Ersatzwörter. Sie sprechen beispielsweise über „die Zionisten“, „Israel“, „die Ostküste“, „die Rothschilds“, „Strippenzieher“, „die Globalisten“, „USrael“³ und so weiter. Dies hängt damit zusammen, dass die offene Artikulation von Antisemitismus nach der Shoah, der Vernichtung der europäischen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus, tabuisiert erschien und erscheint. So haben sich neue Äußerungsformen des Antisemitismus entwickelt, die eine antisemitische Alltagskommunikation ermöglichen.⁴

Aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus

In der deutschen Bevölkerung sind gegenwärtig der Post-Shoah-Antisemitismus und der antiisraelische oder israelbezogene Antisemitismus weit verbreitet. Beide Erscheinungsformen unterscheiden sich in Bezug auf den Inhalt und die stereotypen Zuschreibungen gegenüber Jüdinnen*Juden. Auch Verschwörungsideologien spielen im Antisemitismus eine große Rolle und spiegeln sich in allen seinen Formen wider.

Antisemitismus und Verschwörungsideologien

Verschwörungsideologien liefern scheinbare Erklärungen für komplexe Sachverhalte und machen Muster und Pläne von mächtigen Personen oder Gruppen aus, wo in der Realität schlicht Zufälle, vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen oder schwer zu überblickende Zusammenhänge existieren. Historisch betrachtet wurden ‚die Juden‘ spätestens seit der christlichen Zeitrechnung von nichtjüdischen Menschen für alle möglichen Übel verantwortlich gemacht, darunter beispielsweise Naturkatastrophen (zerstörte Ernten), Seuchen (wie die Pest), verschwundene und ermordete Kinder, betrügerische Geschäfte, persönliche Misserfolge, verlorene Kriege, aber auch Finanzkrisen. Bis in die Gegenwart schreiben Antisemit*innen ständig ‚den Juden‘ alles Schlechte, Böse, Ohnmacht erzeugende und Zerstörerische zu. Gerade weil Verschwörungsideologien derart vielfältig und wandelbar waren und sind,

sprechen Forscher*innen auch vom Antisemitismus als verdichtetes kognitives und emotionales Weltbild.

In einer verschwörungsideologischen Perspektive wird ‚den Juden‘ meist eine unfassbare Macht zugeschrieben. So stützt sich beispielsweise der extrem rechte Attentäter des Terroranschlags am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) auf einen antisemitischen Verschwörungsmythos. Sein Ziel war, am jüdischen Feiertag Jom Kippur, dem wichtigsten Festtag des jüdischen Jahres, eine volle Synagoge zu stürmen und möglichst viele Jüdinnen*Juden zu töten. Seine Tat rechtfertigte er mit dem Narrativ eines „ZOG“, im Englischen eines „Zionist Occupied Government“, im Deutschen einer „zionistisch besetzten Regierung“. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, Staat und Regierung würden von ‚den Juden‘ kontrolliert. In seinem Bekennerschreiben und dem Tatvideo kommt auch die Verschwörungsfantasie vom „großen Austausch“ zum Ausdruck, in der sich Antisemitismus und Rassismus verschränken. Sie besagt, die weiße Bevölkerung – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und den USA – werde durch nichtweiße bzw. muslimische Geflüchtete ausgetauscht und ersetzt. Die entsprechenden Migrationsbewegungen seien von ‚den Juden‘ gesteuert. Vor allem im Internet lassen sich mit wenigen Klicks unzählige Varianten dieser antisemitischen Verschwörungsmymen finden.

Post-Shoah-Antisemitismus

Der Post-Shoah-Antisemitismus entstand nach 1945 und kreist um die Vernichtung der europäischen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus sowie die familiäre und nationale Auseinandersetzung darum. Er ist komplex und hat unterschiedliche Funktionen und Ausprägungen: Eine davon ist der Wunsch nach Verdrängung und Entlastung von der nationalsozialistischen Vergangenheit. Viele nichtjüdische Deutsche fordern beispielsweise, endlich einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und deren Erinnerung zu ziehen, und behaupten, die

Vergangenheit sei bereits lange genug und ausreichend thematisiert worden. Jüdinnen*Juden, sowohl Überlebende als auch deren Nachkommen, werden als lästige und nachtragende Repräsentant*innen der Erinnerung an die Shoah und als Störenfriede abgewertet. Mitunter wird ihnen auch vorgeworfen, diese Erinnerung zu instrumentalisieren oder einen Vorteil aus ihr zu ziehen.

Ein weiterer Bestandteil des gegenwärtigen Post-Shoah-Antisemitismus zeigt sich, wenn die Nachkommen der Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus generationell weitergegebene Schuld- und Schamgefühle abwehren. Dies geschieht unter anderem, um sich auf der individuellen Ebene positiv mit der eigenen Familie und Familiengeschichte identifizieren zu können oder auf der kollektiven Ebene positiv mit der deutschen Nation oder einem Nationalgefühl. So werden etwa diejenigen, die die nationalsozialistische Ideologie unterstützten, als Opfer dargestellt oder es wird behauptet, sie hätten von der Shoah nichts mitbekommen. Jüdische Opfer werden mit nichtjüdischen Opfern von Krieg und Vertreibung aufgerechnet oder es wird gar angezweifelt und geleugnet, dass sechs Millionen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus vernichtet wurden. Hier kann auch eine Verschwörungskomponente zum Tragen kommen, wenn es heißt, ‚die Juden‘ hätten diese Vernichtung nur erfunden, um die Welt moralisch unter Druck zu setzen und finanziell zu erpressen.

Antisraelischer Antisemitismus

Für die theoretische und analytische Charakterisierung des antisraelischen oder antizionistischen Antisemitismus ist relevant, dass er (klassische) antisemitische Stereotype implizit oder explizit auf Israel projiziert. ‚Israel‘ dient dabei als Chiffre oder Symbol für Jüdinnen*Juden oder jüdisches Leben und bezieht sich häufig nicht auf die konkrete Politik, das Regierungshandeln oder staatliche Institutionen. Somit lässt sich schlussfolgern, dass sich in dieser Erscheinungsform des Antisemitismus die Feindschaft gegen

‚die Juden‘ auf den Staat Israel, verstanden als jüdisches Kollektiv, oder die Idee des Zionismus verlagert.⁵ Der so transformierte Antisemitismus argumentiert oftmals mit Werten wie Menschenrechten oder internationalem Recht. Dies ermöglicht, israelbezogenen Antisemitismus im öffentlichen Raum wenig sanktioniert zu kommunizieren. Für diese Erscheinungsform sind besonders drei Aspekte charakteristisch: Das Existenzrecht des jüdischen Staates oder dessen Selbstverteidigungsrecht (wie es im Völkerrecht verankert ist) werden infrage gestellt oder gänzlich abgelehnt, es finden Vergleiche mit dem Nationalsozialismus statt, durch die der israelische Staat dehumanisiert und existenziell delegitimiert wird, und Jüdinnen*Juden, gleich welcher Staatsangehörigkeit, bekommen generalisierend die Verantwortung für eine als illegitim bewertete israelische Politik zugeschrieben. Wenn beispielsweise deutsche Jüdinnen*Juden aufgefordert werden, sich für die Politik Israels zu rechtfertigen, wenn sie gar dafür angegriffen werden, handelt es sich um Antisemitismus.

Um antiisraelischen Antisemitismus einfach erkennen zu können, greifen Forschende und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vielfach auf den sogenannten 3D-Test zurück. Mit den drei Ds ist gemeint, Israel zu dämonisieren, zu delegitimieren und doppelte Standards anzulegen. Zumindest zwei Ds (Dämonisierung und doppelte Standards) flossen in die veranschaulichenden Beispiele zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der *International Holocaust Remembrance Alliance* ein. Die Arbeitsdefinition wurde 2017 von der deutschen Bundesregierung und dem Bundestag offiziell übernommen, um Antisemitismus praktisch erfassen und so auch bekämpfen zu können. Die 3Ds sind eine nützliche Orientierungshilfe, die jedoch einer weiteren (wissenschaftlichen) Präzisierung und theoretisierenden Vertiefung bedarf.

Eine Studie der *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* von 2019 fragt nach der Wirkung von israelbezogenem Antisemi-

tismus auf Jüdinnen*Juden. Mehr als 90 Prozent der jungen Jüdinnen*Juden in den europäischen Staaten geben an, dass sich antisemitische Reaktionen auf den Israel-Palästina-Konflikt negativ auf ihr Sicherheitsgefühl auswirken.⁶

Antisemitismus ist kein kleines Problem

Antisemitisches Denken und Fühlen ist in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet. Im Oktober 2019 berichteten zahlreiche Tageszeitungen über die Ergebnisse einer Studie des *Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress)*, einer internationalen Vereinigung, die jüdische Gemeinden und Organisationen in 100 Ländern weltweit vertritt. Die Meinungsumfrage ergab, dass 2019 ungefähr jede*r vierte Deutsche antisemitische Ressentiments, also gefühlsmäßige oft unbewusste Abneigungen, hatte.⁷

Andere Meinungsumfragen wie die *Leipziger Autoritarismus-Studie* von 2018 oder die Studie des *Instituts für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld von 2018/19 zeigen ebenfalls, dass die Zustimmungswerte zu Antisemitismus hoch sind: Bis zu 55,7 Prozent der Befragten stimmen dem Post-Shoah-Antisemitismus eindeutig zu,⁸ bis zu 39,4 Prozent dem israelbezogenen Antisemitismus.⁹ Menschen, die Antisemitismus bejahen und diesen verbreiten, gibt es in der gesamten Gesellschaft, in Ost- und Westdeutschland, in allen politischen Spektren, Einkommens- und Altersgruppen und in allen Bildungsgraden.

Da die wenigsten Menschen Antisemit*in sein wollen, wird Antisemitismus häufig relativiert, geleugnet und umgedeutet („ich habe nichts gegen Juden, aber ...“). Auch die Vorstellung von „Sprechverboten“ (man dürfe Jüdinnen*Juden oder Israel nicht kritisieren) entfaltet eine starke Dynamik, ist gesellschaftlich weit verbreitet und gehört damit untrennbar zum gegenwärtigen Antisemitismus.

Antisemitismus in Niedersachsen

Auch in Niedersachsen kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen. Dem Justizministerium zufolge ist die Zahl der antisemitischen Straftaten in Niedersachsen 2019 stark gestiegen. Die Polizei führte in dem Jahr insgesamt 172 Ermittlungsverfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten durch. Sowohl die Zahl antisemitischer Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze als auch Gewalttaten liegen in der Regel jedoch deutlich höher. Viele Jüdinnen*Juden schrecken vor einer Anzeige zurück, nur etwa ein Fünftel der Betroffenen meldet sich bei der Polizei oder einer anderen zivilgesellschaftlichen Organisation.¹⁰

In Niedersachsen zeigt sich der Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen, unter anderem als Brandstiftung und Angriff auf Jüdinnen*Juden, als sprachliche Gewalt und Hassrede im öffentlichen Raum, als Sachbeschädigung, als Friedhofsschändung und Störung der Totenruhe sowie in öffentlichen Veranstaltungen und Mobilisierungen.

Im Mai 2019 verübten Unbekannte in Hemmingen/Hannover einen Brandanschlag auf das Wohnhaus eines jüdischen Paares. Sie legten nachts vor der Haustür ein Feuer und schmierten das Wort „Jude“ an den Eingangsbereich des Hauses und die Pforte des naheliegenden Gartengrundstücks. Nicht nur Jüdinnen*Juden vor Ort, sondern auch der Zentralrat der Juden in Deutschland äußerte sich besorgt: „... wenn sich Juden in ihren Wohnhäusern nicht mehr sicher fühlen können, ist das in besonderem Maße erschreckend.“¹¹

Während des Europawahlkampfes im Frühling 2019 hingen (wie in vielen anderen Städten auch) mitten in der hannoverschen Innenstadt, auf der Niki-de-Saint-Phalle-Promenade, antisemitische Plakate der extrem rechten Partei Die Rechte. Auf ihnen war zu lesen: „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“. Angelehnt ist die Parole an den Ausspruch „Die Juden sind

unser Unglück“, der seit 1927 auf der Titelseite der antisemitischen Wochenzeitung *Der Stürmer* prangte. Insbesondere im politisch rechten Spektrum wird der Begriff „Zionismus“ als Chiffre für ‚die Juden‘ gebraucht. Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelte wegen des Verdachts der Volksverhetzung, stellte die Ermittlungen allerdings im Oktober 2020 ein.

Doch nicht nur im städtischen Raum, sondern auch in ländlichen Regionen Niedersachsens kommt es zu antisemitischen Vorfällen. Im Juli 2017 sprühten Unbekannte in Gräpel im Landkreis Stade auf dem Gelände eines Kindergartens SS-Runen, Hakenkreuze und „Auschwitz“. In der Kleinstadt Papenburg fand sich am Eingang des Stadtparks antisemitische Propaganda, wie die Ems-Zeitung am 5. März 2020 berichtete. Gut sichtbar stand dort für etwa zwei Tage die Aufforderung „Raus mit Juden“, ohne dass jemand einschritt. Erst die Stadtverwaltung entfernte den antisemitischen Aufruf.

Fortwährend kommt es in Deutschland zu Schändungen von jüdischen Friedhöfen, so auch in Niedersachsen. In den letzten zehn Jahren traf es die jüdischen Friedhöfe in Delmenhorst, Wildeshausen, Oldenburg, Hannover/Nordstadt oder Bleckede an der Elbe. Bei den Schändungen wurden u.a. historische Grabsteine umgestoßen oder zerstört, Stelen abgeschlagen, Grabzubehör gestohlen, Blumengestecke und Vasen ausgerissen, NS-Parolen und Symbole wie z.B. Hakenkreuze geschmiert. Die gewalttätige Botschaft von Friedhofsschändungen ist, dass Jüdinnen*Juden auch im Tod keine Ruhe und Würde haben, die Erinnerung an jüdisches Leben wird zerstört.

In Niedersachsen, hier besonders in Oldenburg, sind Unterstützer*innen der BDS-Kampagne und Bewegung aktiv (*BDS* steht für *Boycott, Divestment, Sanctions*, auf Deutsch *Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen*). 2019 fanden mehrere Veranstaltungen statt, die Gegenproteste auslösten. Wenngleich das Mobilisierungs-

potenzial der *BDS*-Initiative Oldenburg überschaubar ist, verfügt die Facebook-Seite über 711 „gefällt mir“-Angaben. *BDS* agiert transnational und besteht aus zahlreichen lokalen Gruppen und Initiativen, die besonders in Großbritannien, Spanien, den USA und Kanada aktiv sind. *BDS* richtet sich gegen die Existenz Israels als jüdischen Staat, ruft zum Boykott „aller israelischen Produkte“ auf und betont, dass „Israel akademisch, kulturell, wirtschaftlich und militärisch“¹² isoliert werden solle. *BDS* macht die meisten Jüdinnen*Juden generalisierend für die als illegitim bewertete israelische Politik verantwortlich (unabhängig davon, ob sie diese Politik unterstützen oder nicht). Nicht nur aus diesem Grund ist die Bewegung zentraler Gegenstand gesellschaftlicher Kontroversen um aktuelle Formen des Antisemitismus.

Da es in Niedersachsen bisher keine landesweite Meldestelle gibt, werden solche antisemitischen Vorfälle nicht systematisch erfasst. Die Landeshauptstadt Hannover hat mittlerweile eine zivilgesellschaftliche *Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover* eingerichtet, an die sich sowohl Betroffene selbst als auch Beobachter*innen wenden können (siehe die Projektvorstellung von RIAS Niedersachsen in dieser Broschüre).

Dr. Dana Ionescu ist Politikwissenschaftlerin und forscht und publiziert zum Themenbereich Antisemitismus. In ihrer Dissertation zur deutschen Beschneidungskontroverse beschäftigt sie sich mit der Frage, wie klassische antisemitische Motive wieder Bestandteil eines gegenwärtigen Antisemitismus werden. Sie ist erste Vorsitzende des *Villigster Forschungsforums zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e.V.*

Quellen

¹ *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* (2018): Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxembourg, S. 47.

² Monika Schwarz-Friesel (2019): *Judenhass im Internet: Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl*, Berlin/Leipzig, S. 30.

³ „Die Ostküste“ steht für die angebliche Vorherrschaft jüdischer Bankiers in New York/den USA. Über den Namen der Familie Rothschild wird angedeutet, ‚die Juden‘ hätten die Kontrolle über Finanzen und Kapitalismus. Extrem Rechte bezeichnen mit dem Begriff „Globalisten“ eine angeblich planvoll gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten, die von übermächtigen Globalisierungsbefürworter*innen begangen werde. „USrael“ setzt sich aus USA und Israel zusammen und soll besagen, die US-amerikanische Politik und Wirtschaft werde eigentlich von Israel gesteuert und verfolge israelische Interessen.

⁴ Julia Bernstein (2018): „Mach mal keine Judenaktion!“ Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus, Frankfurt am Main, S. 33.

⁵ Samuel Salzborn (2018): *Globaler Antisemitismus: eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*, Weinheim, S. 145.

⁶ *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* (2019): *Young Jewish Europeans: perceptions and experiences of antisemitism*, Luxembourg, S. 8.

⁷ Statista (2020): *Umfrage in Deutschland zur Zustimmung zu antisemitischen Aussagen 2019*, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1041402/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-zustimmung-zu-antisemitischen-aussagen/> [abgerufen am 23.9.2020].

⁸ Oliver Decker/Elmar Brähler (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen, S. 197.

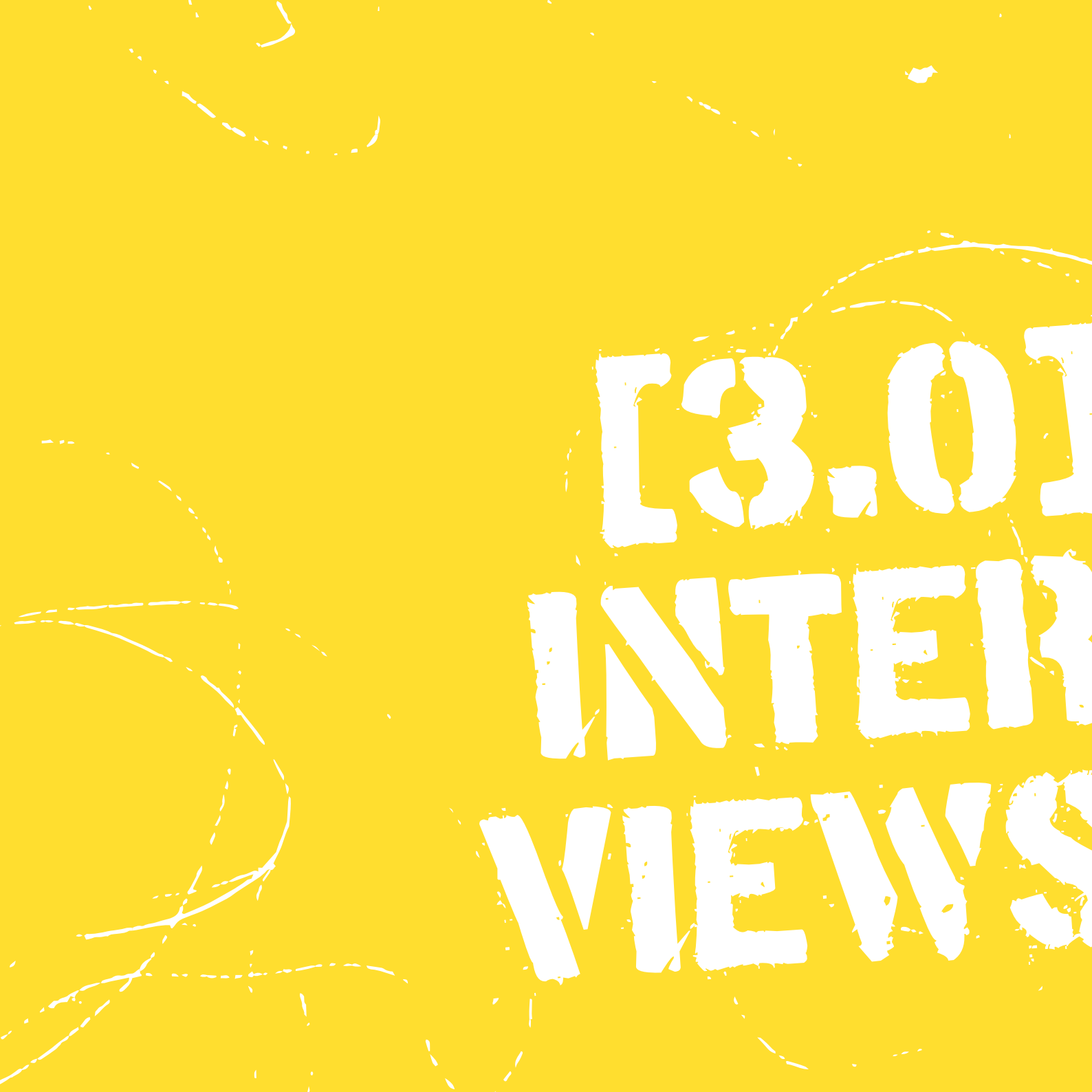
⁹ Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan (2019): *Verlorene Mitte. Feindselige Zustände*, Bonn, S. 70.

¹⁰ *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte* (2018): Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxembourg, S. 56.

¹¹ Josef Schuster (2019): *Anschlag in Hemmingen*, in: <https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/anschlag-in-hemmingen/> [abgerufen am 23.9.2020].

¹² *BDS* (2014): *Schließt Euch der BDS-Bewegung an!*, in: <http://bds-kampagne.de/2014/09/28/schliesst-euch-der-bds-bewegung-an/> [abgerufen am 23.9.2020].

11



E3.01 INTER VIEWS

INTERVIEW

Dr. Rebecca Seidler

Antisemitismusbeauftragte des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R.



Der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R. wurde 1997 im Zuge des Auflebens der jüdischen Reformbewegung in Deutschland gegründet. Er umfasst sechs liberale jüdische Gemeinden in Niedersachsen mit rund 1.250 Gemeindemitgliedern. Der Landesverband gehört dem Dachverband der Union Progressiver Juden in Deutschland mit 27 Reformgemeinden an sowie der World Union For Progressive Judaism, die in 46 Ländern insgesamt 2,3 Millionen liberale Jüdinnen und Juden vertritt.

Das liberale Judentum hat sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Niedersachsen (Seesen) entwickelt und die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover ist die größte Reformgemeinde Deutschlands. Das liberale Judentum versteht sich als Erbe der fast 4000 Jahre alten jüdischen Tradition und religiösen Erfahrung. Es strebt danach, sie zu erhalten und zu entwickeln, um die Erkenntnisse aus der Vergangenheit mit der Wirklichkeit der Gegenwart zu verbinden. Durch das Wirken des Landesverbandes ist das liberale Judentum wieder fest in Niedersachsen verankert – dort, wo seine Wiege stand.

INTERVIEW

Michael Fürst

Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R.



Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen wurde vor ca. 70 Jahren von den Überlebenden des Holocaust, insbesondere von den wenigen zurückgekehrten Hannoveranern, weiteren, die aufgrund einer Ehe mit einem nicht jüdischen Partner überlebt hatten, und einer großen Zahl polnischer Juden, die teilweise mehrere Lager überlebt hatten und schließlich im Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit worden waren, gegründet.

Bis 1989 gab es in Niedersachsen drei Gemeinden (Hannover, Osnabrück und Braunschweig) mit ca. 450 Mitgliedern. Erst mit dem Zuzug sogenannter Kontingentflüchtlinge aus der früheren Sowjetunion stabilisierte sich die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und ganz besonders auch in Niedersachsen. Es wurden neue jüdische Gemeinden gegründet und bestehende wuchsen erheblich. Die Jüdische Gemeinde Hannover ist die fünftgrößte Gemeinde in Deutschland, wie auch der Landesverband der fünftgrößte Landesverband im Zentralrat der Juden in Deutschland ist.

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R. hat 11 Gemeinden mit ca. 7.000 Mitgliedern.

[FRAGE 01]

Wie wird Ihrer Ansicht nach jüdisches Leben in Niedersachsen wahrgenommen?

▼ SEIDLER

Jüdisches Leben in Niedersachsen ist vielfältig und lebendig – durch ein gutes Netzwerk zu verschiedenen Organisationen und Verbänden bin ich sicher, dass dieses auch wahrgenommen und geschätzt wird. Wir veranstalten diverse Kultur- und Bildungsveranstaltungen in Niedersachsen, wodurch ein reger interkultureller und interreligiöser Dialog entsteht. Medial wird leider weniger über diese Lebendigkeit der jüdischen Kultur und Religion berichtet, vielmehr steht der Umgang und die Erfahrungen der jüdischen Gemeinschaft mit Antisemitismus im Fokus. Dies ist zwar auch wichtig aufzuzeigen, doch verengt es die Perspektive auf jüdisches Leben in Niedersachsen.

FÜRST ▼

Das jüdische Leben in Niedersachsen wird in der Öffentlichkeit sehr deutlich wahrgenommen. Die Jüdische Gemeinde Hannover und der Landesverband sind enge Partner des religiösen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. So sind insbesondere Partnerschaften zu den muslimischen Landesverbänden und zur Palästinensischen Gemeinde hervorzuheben, die weit über Niedersachsen hinaus Wirkung zeigen. Die Politik hat diese Verbindungen sehr positiv aufgenommen und nutzt diese z.B. bei Besuchen in Israel. Hervorzuheben sind ferner die vielfältigen Kulturveranstaltungen in sämtlichen Gemeinden, die von der nicht-jüdischen Bevölkerung positiv aufgenommen und besucht werden.

[FRAGE 02]

Hat sich Ihrer Auffassung nach Antisemitismus in den letzten Jahren – insbesondere mit Blick auf Niedersachsen – verändert?

▼ SEIDLER

Antisemitismus ist in den vergangenen Jahren bundesweit gesellschaftsfähiger geworden, da offenbar die Hemmschwellen gesunken sind, antisemitische Äußerungen zu tätigen. Durch die sozialen Medien kommt es zudem zu einer Dynamisierung der Verbreitung antisemitischer Erzählungen. Dies ist jedoch kein spezifisch niedersächsisches Problem, wenngleich Niedersachsen hiervon auch nicht ausgenommen werden kann.

FÜRST ▼

Der Antisemitismus hat sich in den letzten Jahren tatsächlich, nicht nur in Niedersachsen, leider zum Negativen verändert. Antisemitismus ist deutlicher spürbar, wenngleich er von vielen nicht erkannt wird oder auch nicht gesehen werden will. Antisemitismus in Niedersachsen ist meiner Einschätzung nach aber nicht von einer solchen Gefährdung, wie er von Teilen in der jüdischen Gemeinschaft gesehen wird. Zweifellos gibt es aber immer wieder Einzelpersonen/Einzelgefährder, die kaum erkennbar und damit auch kaum beherrschbar sind.

[FRAGE 03]

Gibt es Ihrer Einschätzung nach eine Art von Alltagsantisemitismus, vergleichbar mit Alltagsrassismus?

Und wenn ja, wie äußert sich dieser?

▼ SEIDLER

Die Mehrheit der Jüdinnen und Juden in Niedersachsen und auch bundesweit haben einen Migrationshintergrund. Dadurch sind sie nicht nur mit Antisemitismus, sondern auch mit Rassismus konfrontiert. Diese Erfahrungen finden sich in der Berufswelt, in der Nachbarschaft, im Kontext Schule und Ausbildung und letztlich in allen Lebensbereichen wieder. Wenn Jüdinnen und Juden offen mit ihrer jüdischen Identität umgehen, kommt es zudem vermehrt zu Antisemitismuserfahrungen. Diese äußern sich in abschätzigen Blicken, beleidigenden Sprüchen bis hin zu körperlichen Angriffen.

FÜRST ▼

Alltagsantisemitismus ist nicht immer vergleichbar mit Alltagsrassismus. Eine große Zahl der „Alltagsrassisten“ wird von sich behaupten, keine Antisemiten zu sein. Das Problem ist aber, dass dieser Alltagsrassismus sehr schnell in einen Antisemitismus umschlagen kann. Der Alltagsantisemitismus mitten in der Gesellschaft wird deutlich in Gesprächen über den Staat Israel, die Auseinandersetzung mit den Palästinensern, die US-amerikanische Unterstützung des Staates Israel u.ä. Hier kommen die antisemitischen Stereotypen immer wieder deutlich zum Vorschein, wobei es häufig gelingt, dem Gesprächspartner dieses Problem deutlich zu machen und ihn zu bewegen, über sein Verhalten nachzudenken.

[FRAGE 04]

Was machen Sie in Ihrem Verband, um Vorurteile und antisemitische Stereotype in der Mehrheitsgesellschaft abzubauen?

▼ SEIDLER

Unser Landesverband setzt aktiv auf den interkulturellen und interreligiösen Dialog. Uns ist wichtig, dass wir als jüdische Gemeinden ein offenes Haus sind, viele Begegnungsmöglichkeiten schaffen und Bildungsangebote initiieren, um auch präventiv gegen Antisemitismus wirken zu können. Zudem müssen wir leider auch hin und wieder unbequem sein. Sprich Antisemitismus und die daraus notwendigen Maßnahmen müssen auch dort benannt werden, wo sie nicht immer gerne gehört werden. Es ist z.B. das eine, bei antisemitischen Vorkommnissen Betroffenheit zu bekunden, etwas anderes ist es, unbürokratisch und schnell Gelder für Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Wir legen dort immer wieder den Finger in die offene Wunde.

FÜRST ▼

Der Abbau antisemitischer Vorurteile und Stereotypen ist nur im direkten Kontakt möglich. „Steter Tropfen höhlt den Stein!“ Immer wieder auf die Vorurteile hinweisen. Mutig genug sein, den anderen „auf die Füße zu treten“, aufzeigen, dass bestimmte Äußerungen antisemitisch sind, islamfeindlich oder fremdenfeindlich. Und dass die gemeinsamen Werte der Achtung des Friedens, der Toleranz und des Respekts von jedem Menschen erforderlich sind.

[FRAGE 05]

Können Sie eine Einschätzung geben, wie Betroffene von antisemitischen Handlungen mit diesem Erlebnis umgehen?

▼ SEIDLER

Seit vielen Jahren begleite und berate ich Betroffene von Antisemitismus und gebe Hilfestellungen im Umgang und in der Verarbeitung von antisemitischen Erfahrungen. Hierbei helfen insbesondere das empathische Zuhören und Ernstnehmen der Geschehnisse. Betroffene fühlen sich häufig alleingelassen mit ihren Gefühlen und Sorgen, da Antisemitismus mehrheitlich bagatellisiert und relativiert wird und den Betroffenen eine Übersensibilität vorgeworfen wird.

FÜRST ▼

Bei den einzelnen Fällen, die es gibt, ist die Empfindung der Betroffenen einzuordnen. Man muss sich beispielsweise fragen, wie alt die Person ist, woher sie stammt und wie das Gesagte daher verstanden wurde.

Es soll nicht verhehlt werden, dass die eine oder andere Partei durchaus anfällig für Alltagsantisemitismus und Alltagsrassismus ist. Auf dieses soll hier aber nicht eingegangen werden.

[FRAGE 06]

Was wünschen Sie sich von der nicht-jüdischen Bevölkerung Niedersachsens und wo kann jede*r Einzelne ansetzen, um antisemitischen Einstellungen zu begegnen?

▼ SEIDLER

Betroffene von Antisemitismus müssen primär geschützt werden und aktive Solidarität spüren. Es hilft nicht, wenn eine junge Frau, die eine Davidsternkette trägt, in der Straßenbahn als Jüdin beschimpft wird und alle wegschauen und sie damit allein lassen. Es ist dann auch sinnlos, dieser Frau hinterher, wenn die Bedrohungssituation beendet ist, mitzuteilen, wie mutig sie gewesen sei, sich verbal gewehrt zu haben.

Antisemitismus findet auch ohne Jüdinnen und Juden statt und auch hier gilt es, sich deutlich dagegen zu positionieren, damit antisemitische Sprüche und Äußerungen nicht kommentarlos im Raum stehen bleiben. Konkrete Taten der Solidarität sind erforderlich – und zwar von jeder und jedem. Das Judentum ist seit 1700 Jahren fester Bestandteil in diesem Land. Es gehört hierher und es sollte im Interesse aller sein, es zu schützen und die Möglichkeit zu schaffen, dass das lebendige und vielfältige Judentum auch für die nächsten 1700 Jahre hier beheimatet ist.

FÜRST ▼

Grundsätzlich muss für alle gelten: Wir stehen zusammen gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Demokraten dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen und müssen deutlich machen, dass man sich nicht spalten lässt. Jeder Einzelne ist gefordert, aufzustehen, wenn er Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit oder Rassismus beim Gesprächspartner spürt.

111

14.01 PRO JEKTE

Vorstellung der durch das Landes- Demokratiezentrum geförderten Projekte im Themenfeld Antisemitismus 2020

PROJEKT 01

Jüdisches Leben – Empowerment- und Dialogarbeit

Der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R. führt seit Mai 2020 das Projekt „Jüdisches Leben - Empowerment- und Dialogarbeit“ als Beitrag zur Präventionsarbeit im Kampf gegen Antisemitismus durch. Das Projekt bindet die sechs liberalen jüdischen Gemeinden des Landesverbandes in Niedersachsen mit ein. Somit werden in Hannover, Celle, Braunschweig, Bad Pyrmont, Hameln und Göttingen entsprechende Projektmaßnahmen angeboten und durchgeführt, um das Projekt landesweit umzusetzen.

Laut einer internen Befragung der Mitgliedsgemeinden des Landesverbandes ist die Mehrheit der jüdischen Akteur*innen der Gemeinden durch das Wiedererstarken des Antisemitismus stark verunsichert und zieht sich als jüdische Person im öffentlichen Leben bewusst zurück. Mehrheitlich verbergen die Gemeindeglieder ihre jüdische Identität in der Öffentlichkeit, z.B. durch einen Verzicht auf sichtbare jüdische Symbole (u.a. Kippa, Davidsternkette).

Hieraus entstehen zwei gravierende Probleme: Erstens eine zunehmende Verunsicherung hinsichtlich der aktiven Durchführung des interkulturellen Dialogs. Zweitens ist jüdisches Leben für nichtjüdische Menschen nicht sichtbar und nicht erlebbar und baut sich als „Unbekanntes/Fremdes“ auf, woraus antisemitische Vorurteile und Einstellungen erwachsen können.

Um den interkulturellen Dialog selbstbewusst führen zu können, ist somit die Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins und der Dialogbereitschaft bei den Akteur*innen zu fördern und zum anderen ist die aktive Begegnung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen anzustreben, damit jüdisches Leben „ein Gesicht“ bekommt.

Die erste Zielgruppe des Projektes besteht aus den Akteur*innen innerhalb der sechs liberalen jüdischen Gemeinden (Vorstände, Mitarbeiter*innen, Ehrenamtliche). Mehrheitlich haben diese Menschen einen Migrationshintergrund und somit auch sprachliche Barrieren.

Ziel ist es, die Akteur*innen in den Gemeinden zu ermutigen (Empowerment), zu schulen und zu unterstützen, um ihre Dialogbereitschaft und Vermittlungsfähigkeit auszubauen und als jüdische Multiplikator*innen selbstbewusst im interkulturellen Dialog aufzutreten zu können.

Die zweite Zielgruppe besteht aus Multiplikator*innen des jeweiligen städtischen Bildungs- und Kulturwesens, u.a. Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen von Sozial- und Kultureinrichtungen sowie christliche und muslimische Vertreter*innen. Der aktive Dialog und die Schaffung von Begegnungsräumen zur Förderung des Wissens über heutiges jüdisches Leben und zur Prävention gegen Antisemitismus (u.a. Abbau von Hemmschwellen) stehen hierbei im Vordergrund.

Das Projekt wirkt somit zum einen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft durch die Förderung eines selbstbewussten Judentums ohne Ängste und durch den Aufbau der Dialogfähigkeit. Zum anderen außerhalb der jüdischen Gemeinschaft, sprich: im Dialog mit der Stadtgesellschaft, mit muslimischen und christlichen Gemeinschaften, mit Bildungsträger*innen und Multiplikator*innen zur Wiederbelebung des jüdischen Lebens vor Ort und als selbstverständlicher Teil der hiesigen Gesellschaft.

Durch das Projekt soll somit ein bestehendes Kernproblem behoben werden: die „Unsichtbarkeit/Unbekanntheit“ des jüdischen Lebens in den Städten von Niedersachsen durch aktive Dialogarbeit.

Das Projekt agiert hierdurch auch präventiv im Kampf gegen Antisemitismus: Wenn Jüdinnen und Juden ihr Judentum (wieder) selbstbewusst leben und für eine aktive Dialogarbeit offen sind, entstehen hierdurch zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen. Die nichtjüdischen Menschen können hier als wichtige Multiplikator*innen angesehen werden, die ihre Erfahrungen und ihr im Rahmen des Projektes angeeignetes Wissen über jüdisches Leben und über das Judentum teilen und weitergeben, wodurch die Entwicklung antisemitischer Vorurteile und Ressentiments abnehmen kann.

Da der bisherige Projektverlauf von beiden Zielgruppen durchweg positiv aufgenommen wurde und bereits erfolgreiche Bildungsseminare für beide Zielgruppen durchgeführt wurden, entwickeln sich bereits bei den Projektbeteiligten weitere Ideen zur Fortsetzung des Projektes für das Jahr 2021. Jüdische Kulturtage in ganz Niedersachsen sollen das Miteinander stärken und jüdisches Leben in Niedersachsen lebendig und in all seinen Facetten aufzeigen.

Kontakt:

Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden
von Niedersachsen K.d.ö.R.
Frau Katarina Seidler, Vorsitzende

Postanschrift:

Fuhsestraße 6
30419 Hannover

k.seidler@liberale-juden-nds.de

Dem Landesverband gehören sechs liberal-jüdische
Gemeinden mit insgesamt rund 1250 Mitgliedern an.



Landesverband der
Israelitischen Kultusgemeinden
von Niedersachsen K.d.ö.R.

PROJEKT 02

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen

Vorfälle von Antisemitismus zu dokumentieren, einzuordnen und aus den so gewonnenen Informationen Angebote zu entwickeln, die dem sich verstärkt zeigenden Antisemitismus entgegenwirken – dieser Aufgabe widmet sich in Niedersachsen die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen.

Antisemitismus ist für die davon betroffenen Jüdinnen und Juden alltagsprägend. Täglich sind sie der potentiellen Konfrontation mit antisemitischer Gewalt ausgesetzt. Dabei reicht das Spektrum von verletzenden oder beleidigenden Bemerkungen bis zu gewalttätigen Angriffen. Eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte von 2018 zeigt jedoch, dass nur 21% der Betroffenen, die in den letzten fünf Jahren in Deutschland einen schweren antisemitischen Vorfall erlebten, diesen der Polizei oder einer anderen Organisation mitteilten. Antisemitische Vorfälle, die keine Straftaten darstellen, wurden in Niedersachsen zudem kaum dokumentiert. Dies will RIAS ändern.

Im Frühjahr 2020 entwickelte sich aus der Offensive gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt Hannover heraus eine Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle. Sie wurde kommunal gefördert und an der Hochschule Hannover angesiedelt. Im Oktober 2020 ging aus dieser Einrichtung RIAS Niedersachsen hervor, um die Arbeit auch über Hannover hinaus fortzuführen; dies in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung.

Als Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft RIAS leistet sie ihren Teil dazu, einen bundesweiten Überblick über Antisemitismus zu verschaffen und über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Dies tut die Stelle durch den Aufbau eines Archivs, das eine wissenschaftliche Analyse, Einordnung, Kategorisierung und Verifizierung antisemitischer Vorfälle beinhaltet. Betroffene und Zeug*innen können sich bei einem Vorfall an die Stelle wenden. Ergänzt wird diese Dokumentation durch ein Active-Monitoring, Beobachtungen von potentiell antisemitischen Kundgebungen oder Demonstrationen. Neben der Sichtbarmachung der vielfältigen Erfahrungen von Betroffenen dient die Dokumentation der Evaluation und Weiterentwicklung von Handlungskonzepten zur Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Diese werden im Austausch mit Behörden, Schulen, Studierenden, der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden verwendet, um die Sensibilisierung für Antisemitismus zu stärken. Durch Jahresberichte, eine regionale Problembeschreibung und anlassbezogene Analysen soll eine regelmäßige Berichterstattung über die populären Erscheinungsformen von Antisemitismus gewährleistet werden. Zudem bietet RIAS Niedersachsen die Möglichkeit einer Verweisberatung an psychosoziale, Antidiskriminierungs- oder Opferberatungen.

Bei ihrer Arbeit orientiert sich die Stelle an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, sie arbeitet eng mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen zusammen. Durch eine niedrigschwellige Ansprechbarkeit sollen auch Fälle erfasst werden, die keinen Straftatbestand erfüllen. RIAS Niedersachsen versteht sich dabei als Anlaufstelle und zivilgesellschaftliches Sprachrohr für die Betroffenen und Zeug*innen und sieht sich parteilich an ihrer Seite. Der Vertrauensschutz steht hierbei immer an erster Stelle. Nur die Betroffenen entscheiden, wie mit den gesammelten Informationen verfahren wird.

Kontakt:

www.rias-niedersachsen.de (im Aufbau)

www.report-antisemitism.de

PROJEKT 03

„Wer gegen wen? Gewalt, Ausgrenzung und das Stereotyp ‚Jude‘ im Fußball“

Antisemitische Beschimpfungen, Bedrohungen und gewalttätige Übergriffe gegen jüdische und nicht-jüdische Vereine, Spieler*innen und deren Fans sind sowohl im Profifußball als auch im Breitensport kein neues Phänomen. Nachhaltige und vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie Forschung, die zur Aufklärung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten beitragen, sind bisher allerdings nur vereinzelt vorhanden. Das Projekt „Wer gegen wen? Gewalt, Ausgrenzung und das Stereotyp ‚Jude‘ im Fußball“ der Gedenkstätte Bergen-Belsen setzt an diese Lücke in der Forschung und Praxis an und entwickelt bedarfsorientierte Handlungsempfehlungen, die in einer Broschüre Akteur*innen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Projektziele

Neben der Gewinnung einer Übersicht zur Datenlage zu antisemitischen Vorfällen in Niedersachsen geht es um die Erhebung von Aktionen, Maßnahmen und Projekten, die zur Prävention gegen Antisemitismus im Fußball eingesetzt werden können.

Um bedarfsorientierte Handlungsempfehlungen zu formulieren, werden Interviews mit Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen des organisierten Fußballs in Niedersachsen geführt. Neben Profi-Vereinen, Fanprojekten und Fan-Initiativen werden Amateurvereine befragt. Darüber hinaus sind Expert*innen aus der Zivilgesellschaft wie Wissenschaft einbezogen.

Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Fußball

Präventionsarbeit im Fußball wird meist von engagierten Fans initiiert. Aber auch Fanprojekte, Vereine und die Verbände engagieren sich gegen Antisemitismus. Dabei fokussieren sich die Engagierten in erster Linie auf die sogenannte primäre Prävention. Diese zielt auf alle Personen und Gruppen ab, die im Fußballkontext bisher nicht durch rechtsextremes oder diskriminierendes Verhalten auffällig geworden sind. Ziel dieser Prävention ist es, die Zielgruppen zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, um diskriminierendem – speziell auch antisemitischem – Verhalten vorzubeugen. Neben strukturellen Veränderungen, wie z.B. Ergänzungen der Vereinssatzungen durch Antidiskriminierungsparagrafen, wird Prävention in der Praxis vor allem durch Bildungsarbeit gefördert. Zu den Zielgruppen der Bildungsangebote gehören Fans, Schulklassen, Vereinsangestellte und Sponsoren. Bildungsreisen zu Gedenkstätten, mit Erinnerungsarbeit kombinierte Stadtrundgänge, Vorträge und Workshops gehören derweil zu den gängigen Formaten. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass es sich hier um ein Engagement von einigen wenigen handelt und es für eine gelingende Präventionsarbeit eines strukturellen Ausbaus der Angebote, einer größeren Anerkennung, Förderung und Verstetigung bedarf. Dabei stehen im Fußball vor allem die Verbände und Vereine als gesellschaftspolitisch einflussreiche Akteure in der Pflicht, um sich entschieden gegen Antisemitismus im Fußball zu positionieren und zu engagieren.

Mit den Handlungsempfehlungen bekommen Praktiker*innen eine Orientierung zum Vorgehen gegen Antisemitismus. Präventionsarbeit gegen Antisemitismus ist eine Querschnittsaufgabe, an der unterschiedliche Akteur*innen in den jeweiligen Sozialräumen beteiligt sein müssen. Grundsätzlich ist die Präventionsarbeit im Fußball unabhängig von der Identifizierung antisemitischer Phänomene im eigenen Umfeld als fortlaufender Prozess politischer Bildung zu verstehen – als Teil der Vereinskultur.

Das Projekt ist eine Kooperation der Gedenkstätte Bergen-Belsen und des World Jewish Congress, von dem es auch eine finanzielle Förderung erhält.

Kontakt:

Gedenkstätte Bergen-Belsen

www.bergen-belsen.de

Katrin Unger, Leitung Bildung und Begegnung

Raimund Lazar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Telefon: 05051 475 90

bildung.bergen-belsen@stiftung-ng.de



Gedenkstätte
Bergen-Belsen

Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

15.01
BERA
TUNG

Beratung und Unterstützung im Kontext Antisemitismus

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen
Siebstraße 4
30171 Hannover

Telefon: 0511 122 71 37
landes-demokratiezentrum@lprnds.de
www.ldz-niedersachsen.de



L P R Landespräventionsrat
Niedersachsen

L D Z Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen

OFEK – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

Bundesweit tätige Beratungsstelle für Betroffene, ihr Umfeld sowie
pädagogische, zivilgesellschaftliche und politische Organisationen
(Schulen, Gemeinden, Vereine, Verwaltung u.a.)

OFEK Standorte:

Berlin, Sachsen-Anhalt, Hessen, Baden-Württemberg

Telefon: 030 610 80 458
kontakt@ofek-beratung.de
www.ofek-beratung.de



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie

Regionalbüro Nord/West

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie

Telefon: 01573 288 35 89

nordwest@mbt-niedersachsen.de

www.mbt-niedersachsen.de

Büro Nord/Ost

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie

Telefon: 01522 135 90 11

nordost@mbt-niedersachsen.de

www.mbt-niedersachsen.de

Büro Süd

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie

Telefon: 01520 343 14 29

sued@mbt-niedersachsen.de

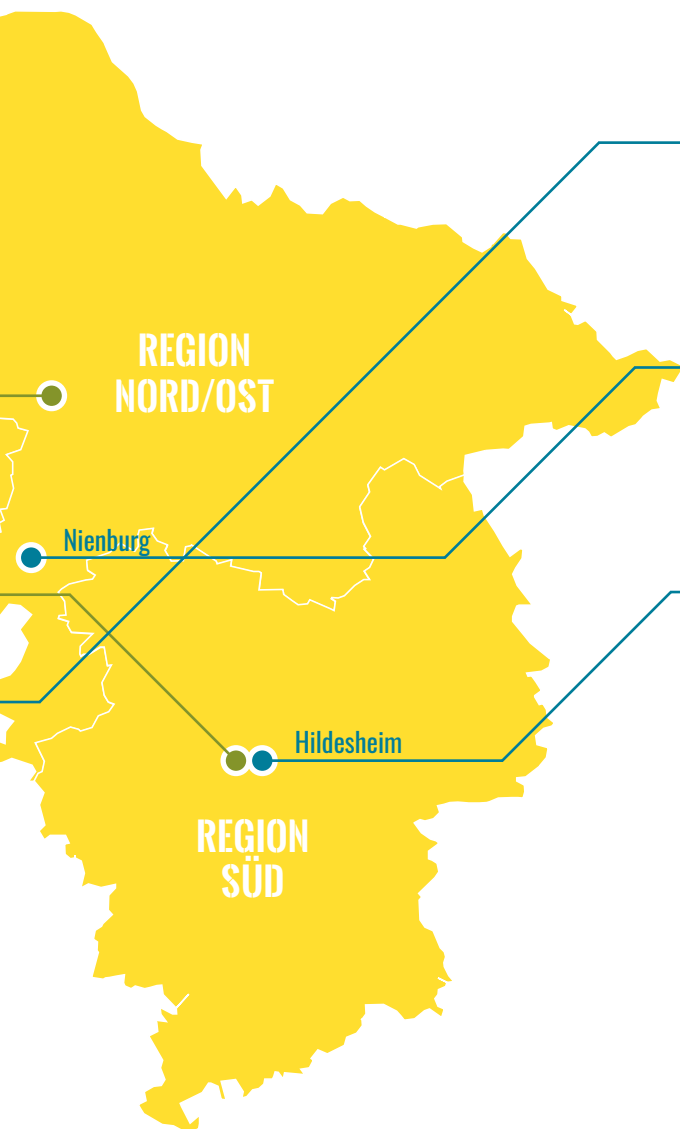
www.mbt-niedersachsen.de



Niedersachsen

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus

für Demokratie



Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Regionalbüro Nord/West

Betroffenenberatung Niedersachsen

Telefon: 0541 380 699 23

nordwest@betroffenenberatung.de

www.betroffenenberatung.de

Regionalbüro Nord/Ost

Betroffenenberatung Niedersachsen

Telefon: 05021 971 111

betroffenenberatung.nds.nordost@cjd.de

www.betroffenenberatung.de

Regionalbüro Süd

Betroffenenberatung Niedersachsen

Telefon: 0179 12 55 333

sued-nds@betroffenenberatung.de

www.betroffenenberatung.de

BETROFFENEN BERATUNG

Beratung für Betroffene von rechter,
rassistischer und antisemitischer
Gewalt in Niedersachsen.

Impressum

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen
Landespräventionsrat Niedersachsen –
Niedersächsisches Justizministerium
Siebstraße 4
30171 Hannover
www.ldz-niedersachsen.de

Stand: Oktober 2020

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ
oder des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der*die Autor*in die Verantwortung.



Niedersachsen. Klar.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**